

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Saden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verl.-Konto: Gebr. Hempel, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abbestellungspreis: 3 Monate 10 Mk., 6 Monate 18 Mk., 1 Jahr 32 Mk. (Postgebühren eingeschlossen).
Telegraphische Adressen: Dresden Nr. 1268

Abbestellungspreis: 3 Monate 10 Mk., 6 Monate 18 Mk., 1 Jahr 32 Mk. (Postgebühren eingeschlossen).
Telegraphische Adressen: Dresden Nr. 1268

Abbestellungspreis: 3 Monate 10 Mk., 6 Monate 18 Mk., 1 Jahr 32 Mk. (Postgebühren eingeschlossen).
Telegraphische Adressen: Dresden Nr. 1268

Nr. 275

Dresden, Freitag den 26. November 1926

37. Jahrg.

Die Partei der Spießer

Die in letzter Zeit in den verschiedenen Teilen des Reiches erfolgten Wahlen haben bewiesen, daß eine gewaltige politische Umwidmung im Bürgertum im Gange ist, deren weittragende vor allem die Deutschnationalen sind. Das ist zum einen erklärlich, denn die Weimar-Partei hat ihren Wählern eine Reihe schwerster Enttäuschungen gebracht, teils materieller, teils geistiger Art. Sie hat in der letzten Zeit ihrer Beteiligung an der Regierung nicht das geringste getan um die Versprechungen einzuhalten, mit denen sie in der Opposition so freigebig herumwarf. Sie dachte lediglich daran, im Interesse einer dünnen Schicht von Großagrariern und Schwerindustriellen Hochschutzzölle durchzusetzen, verriet aber ebenso schamlos ihr Aufwertungsprogramm wie ihre wieder angeführte „nationale Außenpolitik“. Die „Wiederkehr-Krieg“-Verträge von Locarno sind das Ergebnis einer Regierungspolitik, die von den Deutschnationalen als Koalitionspartei acht Monate lang bewußt gebilligt und unterstützt wurde.

Wohin wenden sich nun die Millionen von betrogenen und enttäuschten deutschnationalen Wählern aus dem Jahre 1924? Ein Teil ist zunächst zweifellos in das Lager der Nationalen gestoben. Die in sich gespaltenen Wähler haben jede Anziehungskraft verloren und außerdem verfügen sie nicht mehr wie früher über reichliche Geldunterstützungen der großkapitalistischen Kreise, so daß ihre Propagandamöglichkeiten stark gekürzt sind. Ein Teil der früheren deutschnationalen Stimmen, besonders aus dem flachen Lande, dürfte der Sozialdemokratie zugute kommen. Auch die Deutsche Volkspartei, ja sogar die Kommunisten erhoffen Zugang aus den Reihen der deutschnationalen Wähler. Ziel wird bei den nächsten Wahlen eine „Aufwertungs-Partei“, im Gegensatz zu 1924, wo noch die meisten Nationalen geschädigten Bündnisses der Deutschnationalen verstanden, ansehnliche Erfolge erzielen. Darauf deutet die Zahl von rund 100 000 Stimmen, die von der Aufwertungs-Partei unter Führung des Grafen Poldowski bei den jüngsten sächsischen Wahlen erzielt wurden — fünfmal so viel, als bei den Reichstagswahlen im Dezember 1924 in den drei sächsischen Wahlkreisen erlangt hatte.

Die sächsischen Landtagswahlen lenken aber auch die Aufmerksamkeit auf den beträchtlichen Anstieg einer andern Partei, die noch vor vier Jahren kaum beachtet wurde und die sich in letzter Zeit offenkundig zu einem wichtigen parlamentarischen Faktor der nächsten Zukunft gestaltet. Die Wirtschaftspartei hat in Sachsen rund 240 000 Stimmen erhalten gegen 124 000 im Dezember 1924 und nur 100 000 bei den Landtagswahlen von 1922. Das sind Zahlen, die zu denken geben, auch wenn die sächsischen Verhältnisse diesen Aufschwung der Wirtschaftspartei besonders begünstigt haben sollten. In Mecklenburg hatte die Wirtschaftspartei bei den letzten Landtagswahlen ebenfalls einen beachtlichen Zuwachs erfahren. Es ist offenkundig, daß die Wirtschaftspartei gegenwärtig die hauptsächlichste Ruhestätte der deutschnationalen Wählerflucht ist. Das erklärt sich schon aus dem Wesen dieser Partei: sie befürwortet die Entkündigung des Kleinbürgertums, auf seine politische Mündigkeit, die läßt bewußt die großen politischen Fragen in den Hintergrund treten und appelliert nur noch an die materielle Existenz des Spießers. Dadurch wird sie zum Sammelpunkt aller derer, die einstmalig an die inner- und außenpolitischen Ideale der Deutschnationalen geglaubt haben und die nun von Politik nichts mehr wissen wollen, sondern lediglich die Erfüllung ihrer materiellen Spezialwünsche erstreben. In dieser Hinsicht hat die Wirtschaftspartei, obwohl im Reichstag bisher nur verhältnismäßig schwach vertreten — sie hat Fraktionsstärke überhaupt erst durch ein Zusammengehen mit den vier bayerischen Bauernvereinen und den vier Welfen erlangt — eine unbestreitbare Minderheits- und Konfessionsstärke erlangt. Ihr Horizont beschränkt sich auf die Interessen der Bäckermeister, Hausbesitzer, Hoteliers, Gastwirte usw. Dabei müßte sie die Zerstückelung der bürgerlichen Mitte, die Schwächung der Wehrfähigkeit und überhaupt die Charakterlosigkeit der bürgerlichen Parteien geschickt aus, um das politische Gewicht ihrer 20 Stimmen im Sinne der Bäckermeisterforderungen zu verwerfen.

Die Wirtschaftspartei rechnet bei den künftigen Wahlen mit einem sehr starken Zuwachs. Einer ihrer Führer erklärte kürzlich, es würden in den nächsten Reichstag etwa 50 Wirtschaftsparteiler einziehen. Das mag zwar stark übertrieben sein, aber das sächsische Wahlergebnis läßt solche hochachtbare Erwartungen erklärlich erscheinen. Parteipolitisch betrachtet, braucht sich die Sozialdemokratie keine großen Schwierigkeiten darüber zu machen. Es könnte ihr sogar nur recht sein, wenn durch die Stärkung der Wirtschaftspartei auf Kosten der Deutschnationalen und wohl auch der Deutschen Volkspartei die Zerstückelung und die Geamtheit im bürgerlichen Lager zunehmen. Aber von einer höheren Warte gesehen, muß doch darauf hingewiesen werden, daß sich ein Übergroßer Auftrieb der ausgesprochenen Spießer-Partei, die nichts anderes erstrebt als die Befriedigung der schmalsten Tagesinteressen einzelner Berufsstände, eine große Gefahr für das Volksganze in sich birgt. Es droht nämlich eine noch größere politische Verflüchtigung des deutschen Bürgertums und wir wissen ja zur Genüge, wohin unter dem alten Regime diese politische Unreife Deutschland

geführt hat. Solche politische Ideale, die man im offenen Wettstreit der Weltanschauungen bekämpfen kann, sind uns Sozialdemokraten immer noch lieber als gar keine Ideale. Deshalb müssen wir unser Augenmerk bei den politischen Kämpfen der Zukunft in erhöhtem Maße auch auf die Wirtschaftspartei wenden. Es neigen ihre zahlreiche Elemente zu, die ihrer wirtschaftlichen Lage entsprechend zu und gehören. Der sogenannte bürgerliche Mittelstand, aus dem sie sich zum großen Teil rekrutiert, ist in Wirklichkeit nur noch eine Fiktion. Der Mittelstand ist längst proletarisiert, wenn er es auch nicht wahr haben will und aus traditionellem bürgerlichen Dünkel einer Gemeinschaft mit der wirtschaftlichen Bevölkerung widersteht. Hier muß die Auffklärung durch die Sozialdemokratie einleiten und dabei sind sowohl die politischen wie die materiellen Gesichtspunkte hervorzuheben.

Eine nähere Betrachtung der Wirtschaftspartei ergibt z. B. sofort, daß sie keine dauerhafte Erscheinung sein kann. Die materiellen Interessen, die sie zu vertreten vorgibt, widersprechen sich gegenseitig allzu scharf: Wie kann man die Wünsche der Hausbesitzer mit denen der Ladeninhaber, die Interessen der Hoteliers mit denen der ruinierten Kleinbürger auf die Dauer vereinbaren? Auch die Wirtschaftspartei wird also über kurz oder lang dem von ihr bekämpften Beispiel der Deutschnationalen folgen müssen und ihre Wähler betrogen und enttäuschen. Ihr Aufschwung ist nur eine Konjunkturercheinung, eine Folge der politischen Mündigkeit und Unreife des Bürgertums. Gerade die Sozialdemokratie kann durch die Aufdeckung dieses widerspruchsvollen Wesens nur gewinnen.

Faschistendiktatur in Prag

Die tschechische Polizei als Knecht Mussolinis

Prag, 26. November. (Eig. Funkdruck.) Am Donnerstagabend sollte Angelika Babanowa, die bekannte ursprünglich russische Bekämpferin des italienischen Faschismus, in einer öffentlichen, von der deutschen Sozialdemokratischen Partei einberufenen Versammlung, über: „Italien, Mussolini und der Faschismus“ sprechen. Schon im Laufe des Tages war sie auf der Polizeidirektion einem Verhör unterworfen worden, und beim Betreten des Versammlungssaales wurde ihr von zwei Regierungsvertretern mitgeteilt, daß sie nichts Politisches über Italien sagen dürfe. Schon beim einleitenden Satz ihres Vortrages wurde sie bei einer Kennzeichnung des Faschismus unterbrochen und verwarnet. Die zweite Unterbrechung erfolgte beim zweiten Satz, als sie über die Friedhofszuflucht sprach, die über Italien

lagert. Der Regierungsvertreter teilte der Versammlung mit, daß er von der Polizeidirektion den Auftrag habe, in der Versammlung kein politisches Wort über Italien sprechen zu lassen. Unter ungeheurer Empörung der Anwesenden, unter denen sich führende deutsche und tschechische Sozialdemokraten befanden, löste er die Versammlung auf. Wenige Minuten später drangen etwa 30 bewaffnete Polizeibeamte in den Saal und räumten ihn. Den Versammlungsteilnehmern wurde jedoch von der Zeitung mitgeteilt, daß anschließend im tschechischen Volkshaus eine Versammlung für geladene Gäste stattfinden würde. Auch dort drang ein Vertreter der Polizei ein, um jedoch nach einem Verhör der Versammlungsteilnehmer abzuziehen. Dann hielt die Genossin Babanowa ihr Referat.

Strelemanns Zeitungstau

Die kommunistische Fraktion hat im Reichstagsgebäude folgenden Antrag eingebracht: „Der nach Mitteilung des Reichsaussenministers am April d. J. getätigte Ankauf der Deutschen Allgemeinen Zeitung ist mit sofortiger Wirkung rückgängig zu machen und der dadurch zurückfließende Betrag dem Etat wieder einzufügen.“

Die DZ-Affäre sollte am Freitag anläßlich der Beratung des Reichstages, soweit er das Auswärtige Amt betrifft, mit erörtert werden. Infolge Krankheit des Reichsaussenministers Dr. Strelemann mußten diese Beratungen jedoch vorläufig vertagt werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion setzte deshalb die Erörterungen der DZ-Affäre ebenfalls von ihrer geordneten Tagesordnung ab. Sie wird sich mit ihr befassen, sobald die Beratung des Reichstages (Auswärtiges Amt) angefangen ist.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion besaß sich am Donnerstag in einer mehrtägigen Sitzung mit der politischen Lage. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Meineidsanktifier Ehrhardt

D. Berlin, 26. November. (Eig. Funkdruck.) Kapitän Ehrhardt hat durch seinen Rechtsanwalt gegen den preussischen Minister des Innern, Genossen Grzesinski, Strafantrag wegen „verleumderischer Verleumdung“ stellen lassen. Die Verleumdung erblickt Ehrhardt darin, daß in der Denkschrift der preussischen Regierung die gerichtlichen Tatsachen wiedergegeben worden sind, daß nämlich gegen Ehrhardt seinerzeit ein Verfahren wegen Meineids eingeleitet worden sei, und daß im Falle der Prinzessin Hohenlohe die Anstiftung zum Meineid durch Kapitän Ehrhardt erwießen sei. Das sind Tatsachen, die Ehrhardt auch nicht durch einen Verleumdungsprozeß aus der Welt schaffen kann. Sein Strafantrag gegen den preussischen Minister des Innern ist eine leere Demonstration, da der Durchführung der Klage die Immunität Grzesinskis entgegensteht. Das weiß Ehrhardt und sein Anwalt.

Die treuen Fridoline

Die erste Landtagsfraktion

Gestern gab der Landtag bei vollem Hause seine erste Vorstellung. Es fehlten viele bekannte Gesichter. An ihre Stelle sind Neulinge getreten, die sich in dem parlamentarischen Betriebe noch nicht recht sicher zu fühlen scheinen. Das gilt besonders für die Mannen der neuen Parteien, die keinen einzigen Abgeordneten mit parlamentarischer Erfahrung unter sich haben.

Auf der äußersten Rechten sitzt der nationalsozialistische Herr v. Mücke mit seinem einen Kompanion. Dann kommen die Deutschnationalen, und vor ihnen sitzt die Wirtschaftspartei, zu deren Linken die Deutsche Volkspartei Platz genommen hat. Dann folgen vorn auf den ersten beiden Bänken die fünf Demokraten, und hinter ihnen sitzen die vier Aufwertungsleute. Die sogenannte Alte Sozialdemokratische Partei reicht mit einem Mann auf die rechte Seite des Hauses hinüber, während die drei anderen den äußersten rechten Flügel der linken Hälfte bilden. Gleich die erste Sitzung zeigte, wie eifrig die vier Leute von der ASPS sich zu zeigen bemühen, daß sie sich in diesem Landtag als willige Helfershelfer der bürgerlichen Parteien bewähren wollen. Die Sozialdemokratie, der größten Partei des Landtages, konnte freilich niemand den Anspruch auf den Präsidentenposten streitig machen, um so mehr, als in dem Genossen Schwarz ein Kandidat präsentiert wurde, der auch beim bürgerlichen Gegner die höchste Achtung genießt.

Auf den Posten eines ersten Präsidentenstellvertreters konnten die Kommunisten und Deutschnationale Anspruch erheben, die beide mit 11 Mandaten nächst der Sozialdemokratischen Partei über die stärksten Fraktionen im Landtag verfügen. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte für den kommunistischen Kandidaten Lieberich, während die vier Mann von der ASPS sich auch hier bereits zu den Bürgerlichen schlugen. Geradezu toll aber war das Verhalten dieser vier bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten. Nachdem als erster Vizepräsident ein Deutschnationaler gewählt war, konnte es keinem Zweifel mehr unterliegen, daß den Kommunisten nach parlamentarischem Brauch der Posten des zweiten Vizepräsidenten gebührte. Aber da erhob sich zur Freude der Reaktionen der „alle bewährte Parteigenosse“ Robert Birth und erklärte, daß er die Wahl eines kommunistischen Vizepräsidenten nicht auf sein Gewissen

nehmen könne, die Kommunisten seien ja Gegner des Parlamentarismus. Als es aber die Wahl eines deutschnationalen Vizepräsidenten galt, da zerbrachen sich die Birth und Kommunisten nicht den Kopf darüber, ob man einen Gegner des Parlamentarismus zum Vizepräsidenten wählen dürfe.

Erinnern sich die vier Leute wirklich nicht mehr der Zeit, in der man in den Parlamenten die Vertreter der Sozialdemokratie zurücksetzte und sie von den Präsidentenposten ausschloß? Dieselben jämmerlichen Methoden der Zurücksetzung und Vergewaltigung, die die Sozialdemokratie früher am eigenen Leibe zu spüren bekam, wenden jetzt die sogenannten Alten Sozialdemokraten gegen die Kommunisten an und dabei begreifen sie nicht einmal, daß sie den Kommunisten nur einen Gefallen tun. Haben doch auch die Unterdrückungs- und Vergewaltigungsmethoden der Gegner in früherer Zeit unserer Partei genügt.

Hätte es bei der Vizepräsidentenwahl geklappt, so ging bei der Schriftführerwahl die Sache schief. Infolge der Zerstückelung der bürgerlichen Stimmen wurden zwei Angehörige der Linken, Rucker und Lieberich, gewählt, während der von der Wirtschaftspartei aufgestellte Herr Grohmann durchfiel. Bei der Wahl der vier stellvertretenden Schriftführer erhielt keiner der aufgestellten sechs Kandidaten die Mehrheit der abgegebenen Stimmen, und da man sich über die Auslegung der Geschäftsordnung nicht einigen konnte, wurde die ganze Geschichte vertagt.

Das Verhalten der vier Leute von der ASPS ist offenbar ein Vorbild für das, was wir in diesem Landtag erleben werden.

In seinem Vortrage belehrt Herr Riefisch seine Zeitgenossen zum soundsovielten Male, daß von der Großen Koalition alles Teil komme. Dabei führt er u. a. folgendes aus:

Man soll nicht gewaltfam die Kluft zwischen Bürgertum und Arbeiterchaft aufreißen; man soll nach Möglichkeit die bestehenden Gemeinsamkeiten zwischen den Massen betonen und herausarbeiten; in der Großen Koalition hätte sich das erreichen lassen.

Es scheint, daß es der Graciz des Herrn Riefisch ist, der Welt jeden Tag von neuem zu zeigen, daß er und seine Leute auch alles vergessen haben, was sie einmal als Sozialdemokraten vertrat. Wir haben schon oft betont, daß wir